

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den 10. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich 15 Wg. Alle Postausgaben werden nach Maßgabe der Vorschriften und unter Anrechnung zu jeder Zeit geltend gemacht. — Abrechnung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Einzelpreis: Die 4 Spalten Nummer 20 Wilsdruff, die 4 Spalten Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruff, die 2 Spalten Nummer 10 Wilsdruff, die 2 Spalten Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruff. Anzeigenpreis: 10 Wilsdruff pro Zeile pro Tag. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 68. — 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend, 20 März 1926

Reis in der Frühlingsnacht.

Auf der Suche nach dem Bitterbrot sind die deutschen Delegierten in den ersten Märztagen, da wir hier oben noch einen argen Rückschlag in den Winter über uns ergehen lassen mußten, gen Süden gefahren und sind jetzt, ohne ihn getroffen oder doch erreicht zu haben, wieder zu uns zurückgekehrt. Auf der Hinfahrt hatte sie, während der Frühstundspause in Frankfurt/Main, die nieder-schmerzende Nachricht erteilt, daß Briand, der große Briand, über Nacht in Paris gestürzt worden war. Sie sind trotzdem nach Genf weitergefahren und haben schließlich auch Herrn Briand, den Wiederauferstehenden, dort bei der Arbeit gesehen. Aber nicht nur ihn und den von ihm mitgeschaffenen Geist von Locarno. Sie mußten die schmerzliche Entdeckung machen, daß der Bitterbrot, in der Nähe gesehen, ganz, ganz anders beschaffen ist wie das Idealbild, das er angeblich nach dem Willen der Gründer darstellen sollte. Sie saßen in ihrem Hotel und warteten und warteten, mehr als einmal wohl von der Sorge gepeinigt, ob sie nicht der Würde Deutschlands wie ihrem persönlichen Ehrgefühl schuldig wären, der ab-geschmackten Komödie, die sich hier vor ihren Augen und Ohren abspielte, durch einen raschen Entschluß ein Ende zu machen. Sie sind geblieben, bis zum bitteren Ende, wie man ja wohl zu sagen pflegt. Bis jedenfalls durch ihre Schuld nicht mehr zu verderben war und bis auch die Gegenseite einsehen mußte, daß der Bitterbrot, so wie er jetzt noch beschaffen ist, der ihm hier gestellten Aufgabe nicht gewachsen war.

Reich beladen mit schönen Reden und mit wortreichen Erklärungen; aber ohne den Ausnahmesein für den Senfer Friedenspaßpaß sind die Herren Luther und Stresemann nun wieder in Berlin eingetroffen und hier, wenn gar nichts geschehen wäre, sofort an ihre Arbeit gegangen. Aber von Ruhetagen für sie kann natürlich nicht die Rede sein. Bald wird im Reichstag die große Redezeitung beginnen, die Locarnopariele werden sich um die Reichsregierung scharen und allenfalls ihrem Herzen gegen Chamberlain und Briand einigermaßen Luft machen, der Deutschen Delegation dagegen unter allen Umständen das Vertrauensvotum sichern wollen, das sie braucht, um nach der Zertrümmerung der Hoffnungen, mit denen die auswärtige Politik arbeitete, weiterhin die Geschäfte führen zu können. Die Opposition wird wahrscheinlich die Behauptung von der Unmöglichkeit dieses Bitterbrot in den Mittelpunkt ihrer Angriffe rücken, wird es als Illusion hinstellen, dieser angeblichen Friedensgesellschaft noch länger zu vertrauen. Man wird scharfe Reden halten, man wird von „Massen herunterreißen“, von „Abrechnung“ sprechen, und wie die großen Worte bei solchen Gelegenheiten immer lauten — dann wird man in die Opferketten gehen und es wird in Deutschland wenigstens alles beim Alten bleiben.

Vielleicht auch in England, vielleicht auch in Frankreich. Es ist wahr, Herr Chamberlain ist nicht gerade in rosigster Stimmung nach London zurückgekehrt und Herr Briand hat sich schon mit der Kammer wieder wader herumgerannt und wird es weiter tun müssen. Vielleicht schlägt ihnen auch etwas das Gewissen in der Rückerinnerung an die Ermittlungen, die von ihnen an Polen und Spanien ergangen sind, hinter dem Rücken von Deutschland, das vertrauensvoll seine Unterschrift für den Locarnopakt hergegeben hatte. Aber das Unzulängliche pflegt sich in unseren Tagen schon um deswillen länger am Leben zu erhalten, als es gut wäre, weil niemand weiß, wer oder was an seine Stelle zu setzen wäre. Das hat sich gezeigt, als Briand einen Tag vor Genf in der Kammer plötzlich gestürzt und einen Tag später wiederum in den Sattel gesetzt war. Möglich, daß dieses oder ein ähnliches Schauspiel sich in Paris, in London und vielleicht auch in Stockholm bald wiederholen wird. Nur in Rom weiß man sich gegen Zwischenfälle dieser Art völlig gefestigt.

In Deutschland haben wir freilich noch andere Sorgen. Hier bewegen sich in diesen Tagen wieder die Demonstrationen durch die Straßen, um dem Volksbegehren für die Entschädigungslose Enteignung der Fürsten zum Siege zu verhelfen. Mit einiger Befriedigung können die Veranstalter auf die Arbeit der letzten Wochen zurückblicken. Nicht nur, daß sie weit mehr als die verfassungsmäßig notwendige Zahl von Unterschriften für den sozialistisch-kommunistischen Gesetzentwurf zusammengebracht haben, sie haben auch bis weit in die Mitte, wenn nicht gar in die Rechtsfront der bürgerlichen Parteien mit ihrer Agitation Anklang gefunden. Nicht einmal das Zentrum, das sonst über die folgenschwersten Wähler verfügt, hat mit seiner Parole gegen das Volksbegehren überall Glück gehabt, und die Bischöfe von Passau, von Würzburg und von Kottenburg hätten ihre Gläubigen gewiß nicht in besonderen Hirtenbriefen auf den Charakter dieser Bewegung hingewiesen, wenn die Leidenschaft, mit der sie betrieben wurde, nicht auch im katholischen Lager manche Anhänger gefunden hätte. Die Bischöfe haben und die Fürsten ohne Unterschied ihrer persönlichen Würdigkeit wie der Beschaffenheit ihres Vermögens jetzt, im achten Jahre nach der arden Umwälzung in Deutsch-

Wirtschaftspolitik des Reiches

Dr. Curtius vor dem Reichstag

Im Reichstag hielt Freitag der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bei Gelegenheit der Beratung über den Etat seines Ministeriums eine großangelegte Rede über die Grundzüge der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und die Richtlinien, denen der Minister in der kommenden Zeit zu folgen gedenkt. Die Sitzung des Reichstages wurde dadurch zu einer besonders bedeutungsvollen gestaltet.

Sitzungsbericht.

(180. Sitzung.) OB. Berlin, 19. März.
Der Reichstag erledigte zuerst in zweiter Lesung den Rest des Etats des Allgemeinen Pensionfonds. Dabei wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach dieser Haushalt künftig als „Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter“ bezeichnet werden soll. Ohne Aussprache wurde daraus in allen drei Lesungen ein Gesetzentwurf über die Geltungsdauer der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung angenommen. Es folgte die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Der Reichswirtschaftsminister

Dr. Curtius legte die Grundzüge der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik dar, wobei er zunächst auf die Fragen des Außenhandels zu sprechen kam. Der Handelsumfang Deutschlands im Jahre 1925 betraue sich in Ein- und Ausfuhr auf 30 % mehr gegenüber 1924. Die deutsche Handelsbilanz sei aber immer noch passiv. Denn wenn in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres die Monatsbilanz aktiv geworden sei, so beruhe dieser Wechsel in erster Linie auf einem starken Rückgang der Einfuhr und erst in zweiter Linie auf einer geringen Hebung der Ausfuhr. Der Aufschwung beruhe vor allem auch auf dem Schwinden der deutschen Kaufkraft und der akuten Krise der deutschen Wirtschaft. Die ungedeckte Lebensmitteleinfuhr zeige eine ungetreue Belastung.

Realpolitisch sei weder in der Gegenwart noch in der nächsten Zukunft damit zu rechnen, daß Deutschland sich aus der eigenen Scholle vollständig ernähren könne. Der Existenzkampf zwinge auch ohne jede Rücksicht auf den Dawes-Plan, die Ausfuhr zu steigern. Vor allem läge es darauf an, auf einen besseren Handelsausgleich in Europa hinzuwirken. Leitender Gedanke bei den Handelsvertragsverhandlungen sei der Grundsatz der Wechselseitigkeit. Dies sei jedoch kein Dogma, sondern nur ein Mittel der Handelspolitik, das nicht für alle Zeiten zu gelten brauche. Die tatkräftige Verfolgung der Handelsvertragspolitik sei durch den Währungsverfall in anderen Staaten erheblich verzögert und gestört und der gesamte Innen- und Außenhandel Deutschlands durch das Valutadumping geschädigt worden. Dagegen durchgreifende Maßnahmen zu schaffen, läge außerhalb der Einwirkung der Handelspolitik eines einzelnen Landes. Bei Verhandlung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ging der Minister mit einigen Worten auf die internationalen Außenwirtschaftsverhandlungen ein. Das Schichtenarbeit sei zu Ende gekommen, aber die Verhandlungen über seinen Inhalt seien verfrüht und irreführend. Es sei Vorsorge getroffen, daß ein Abbruch nicht ohne Genehmigung der Reichsregierung erfolge. Insbesondere wache diese darüber, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nicht durch diese internationalen Außenwirtschaftsverhandlungen gestört würden. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu England verfolge die Regierung mit größter Sorge. Nach den getroffenen Vereinbarungen brauche man auf keinen Fall zu bilden, daß die Engländer Rolle einführten, die dem deutschen Handel abträglich seien. Gegebenenfalls werde man von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch machen. Es sei zu hoffen, daß der Generalrat für die Reparationen seinen ganzen moralischen und politischen Einfluß aufwende, damit die Mängel der deutschen Ausfuhr bereitwilliger als bisher aufzunehmen, sonst werde eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawes-Planes wegfallen. Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch die Durchführung des Dawes-Planes sei bisher nicht festzustellen. Der Minister ging darauf zu den Fragen der Binnenwirtschaft über und erörterte zunächst die vorübergehenden Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung, u. a. die Ausfallgarantie bei dem Export nach Rußland und die Einrichtung der Exportkreditversicherung. Der Baumarkt solle durch einen Zwischentritt von 200 Millionen belebt werden. Sehr schwierig sei die Lage des Ruhrkohlenbergbaues. Sollte etwa eine Regierungsunterstützung des englischen Kohlenbergbaues über den 1. Mai hin-

aus fortgesetzt werden, so konnte er zugleich im Namen des Finanzministers erklären, daß Mittel zur Unterstützung auch des deutschen Steinkohlenbergbaues freigegeben werden sollten. Aber den Kohlenbauaktionen dürfe die Sorge für die wirkliche Gesundung der Gesamtwirtschaft nicht vergessen werden. Der Kreditmangel werde erst allmählich behoben werden. Die von der Reichsbank im Vorjahre festgesetzte Kontingentierung sei in der zweiten Hälfte des Jahres tatsächlich schon aufgehoben worden. Bei der neuen Selbstlosigkeit liege die Erwägung einer weiteren Herabsetzung des Reichsbankdiskonts nahe. Zusammen mit der Reichsbank werde das Reichswirtschaftsministerium seine Bemühungen um die Hebung des Realzinses fortsetzen.

Zur Preisfestlegungssaktion betonte der Minister, daß die Regierung keine mechanische Preisregulierung betreibe. Dr. Curtius ging dann kurz auf das Steuererleichterungsprogramm ein und betonte die Wichtigkeit der Statistik und Enquete für die Wirtschaft. Die Produktionsstatistik hätte eine bedeutende Erweiterung erfahren. Zweifellos mache die deutsche Wirtschaft einen Umstellungsprozess größten Ausmaßes durch, dessen Kennzeichen die Rationalisierung sei. Die beste Hilfe könne der Staat dadurch geben, daß er durch eine Verwaltungsreform seine eigene Rationalisierung vorwärtstreibe. Beim Reichsgericht sollen Verwaltungsgerichte errichtet werden. Die Kartelle hätten als Grundlage künftiger internationaler Vereinbarungen eine große Zukunft, und es wäre vorzuziehen, durch eine rigorose Gesetzgebung in Deutschland eine Beteiligung an internationalen Vereinbarungen zu verhindern zu wollen.

Aussprache der Parteien.

Abg. Simon-Franken (Soz.) meinte, die Politik des früheren Reichswirtschaftsministeriums sei für die Wirtschaft geradezu verderblich gewesen. Die Handelspolitik sei zu einem großen Mißstand geworden. Eine Erhöhung der Zölle wäre nicht notwendig gewesen. Das deutsch-französische Handelsprotokoll bedeute gänzlich einen Tropfen auf dem heißen Stein. Der deutsche Export nach Frankreich, der vor dem Kriege rund 1200 Millionen Mark betragen hätte, sei um rund eine Milliarde zurückgegangen. Das bedeute einen Exportverlust an deutscher Arbeit von mindestens 600 Millionen oder die Arbeitslosigkeit von 350 000 Arbeitern. Eine Schuld der deutschen Regierung liege in dem Versuche, die deutschen Zölle im Interesse der Schwerindustrie aufrechtzuerhalten. Der Weltkrieg, den Deutschland mit Polen und Danzig führte, habe der deutschen Wirtschaft sehr schwere Schläge versetzt. Auch die Politik der Banken habe die Arbeitslosigkeit stark vermehrt. Die Produktion werde durch die hochbezahlten Stellen vermindert. In 256 Untergeschichten sei die Belegschaft im Jahre 1925 um 1,3 %, die Zahl der leitenden Personen dagegen um 32 % gestiegen. Nicht Abbau der Löhne sei notwendig, sondern Abbau des teuren Verwaltungsapparates in Banken und Industrie.

Abg. von Stauffenberg (Dm.) legte im Namen seiner Fraktion scharfen Protest gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Bereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium ein. Er treue sich in der Ministerrede die Aufkündigung von Maßregeln gegen das englische Kohlendumping. Die Freihandelslehre habe auch im Ausland nur wenige Anhänger mehr. Obwohl Deutschland gegen den Dawes-Plan zum Export geradezu gezwungen werde, lebe Deutschland jetzt in einer Welt, die viel weniger als früher geneigt sei, ihm seine Erzeugnisse abzunehmen. Der Redner verlangte eine energische Erdoöffnung der Einfuhr über lässiger Waren aus dem Ausland. Die deutsche Wirtschaftspolitik stände jetzt vor der entscheidenden Frage, ob es richtig sei, die deutsche Landwirtschaft zugrunde zu richten, um ein paar Elektromotoren mehr exportieren zu können.

Abg. Weyer (Dem.) sah die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung. Die frühere Regierung hätte mit Recht die Notwendigkeit des Preisabbaues betont. Ihre Politik hatte aber das Gegenteil bewirkt. Notwendig sei die Wiederinfestigung des alten Grundgesetzes: Großer Umsatz, kleiner Nutzen. Der Plan einer Exportkreditversicherung mit Reichsbeteiligung sei zu begrüßen. Die Preisabbaumaßnahmen müßten die Wurzel des Übels treffen: die Kartelle und die Monopolbestrebungen der Landbesitzer. Der Redner begrüßt den Plan der Weltwirtschaftskonferenz.

Abg. Dr. Dörmann (Ztr.) erklärt, mit Kreditbewilligung allein könne die Wirtschaftskrise nicht überwunden werden. Heilung sei nur möglich durch ein verständnisvolles Zusammenwirken aller Kräfte der Weltwirtschaft. Deutschland müsse an der Lösung durch überstaatliche Einigung aktiven Anteil nehmen.

Abg. Könen (Rom.) wies auf die Sozialisierungspläne seiner Partei hin, die befohlen werden müßten. Der Sozialdemokratie mache er den Vorwurf, die sozialen Forderungen längst preisgegeben zu haben.

land, ihres gesamten weltlichen Besitzes beraubt werden sollen. Die Kommunisten jedenfalls machen gar kein Hehl daraus, daß sie nach der Fürsteneinteignung mit den gleichen Wählermassen, die ihnen jetzt Gefolgschaft geleistet haben, auf weitere kommunistische Ziele vorstoßen wollen. Man kann diese Ankündigungen mehr oder weniger ernst nehmen, das ist Sache des persönlichen Temperaments, der politischen Gesinnung.

Aber nicht nur die Kommunisten warten mit Sehnsucht auf den Frühlingsanfang. Sie tun es, weil sie wissen, daß, wenn erst die lauen Lüfte wieder erwachen, die Menschen leichter zu Streichen, zu Unübersehbaren zu bewegen sind. Auch zu politischen. Andere

Leute sehnen sich nach Sonne, nur nach Sonne. Sie wären bereit, tausend Eide zu schwören, daß sie keinen Mißbrauch, nicht den geringsten, mit der Glückseligkeit treiben wollen, die uns durchströmt, wenn das erste trunkselige Vogelgezwitscher wieder von grünen Zweigen herunterhallt, wenn draußen in Feld und Wald der erste Duft wieder erwachender Erdkräfte nach gedrochener Winterstille umfängt und wenn auf leise wärmenden Sonnenstrahlen die göttliche Botchaft des Himmels uns erreicht von dem ewigen Feuerstein des Lebens nach Tod und Zerstörung, nach Stillstand und Untergang. Nein, wir wollen, wenn der Frühling erst wieder da ist mit seinem Meer von Blüten und Düften, mit Vercheschlag und Rinderjubel, die arane Politik ihre dürren Weae ziehen lassen. Noch